

LINKS-rheinische

Zeitung der Linksfraktion im Rat der Stadt Bonn
Winter 2025

Die Linke



Grundsteuer

Spielräume nutzen für
bezahlbares Wohnen

Frankenbad

Wir sorgen für Tempo
bei der Sanierung

Bus & Bahn

Links wirkt: das neue,
günstige Gruppenticket

Liebe Bonnerinnen und Bonner,



alles Gute zum neuen Jahr! 2025 wird viel Neues bringen. Die Reform der Grundsteuer tritt zum Beispiel in Kraft. Das hört sich bürokratisch an und ist es auch. Es betrifft aber jede(n): Denn Grundsteuer müssen am Ende alle zahlen,

die in unserer Stadt wohnen – auch Mieter*innen über die Nebenkosten. Die gute Nachricht: Als Linksfraktion haben wir im Bonner Stadtrat durchgesetzt, dass der städtische Steuer(hebe)satz für das Wohnen spürbar gesenkt wird. Denn bezahlbare Wohnungen sind schon jetzt Mangelware und die steigenden Wohnkosten längst das größte soziale Problem in unserer Stadt.

Dass es überhaupt eine Reform der Grundsteuer gab, konnte die Stadt nicht beeinflussen. Auch die damit verbundene Neubewertung der Grundstücke, die viele überhaupt nicht nachvollziehen können, lag nicht in kommunaler Hand. Diese Neubewertung hat zur Folge, dass in der Tendenz Grundstücke für Wohnen teurer bewertet wurden und solche für Gewerbe günstiger. Bei gleichem oder gar steigendem Steuersatz führt das dazu, dass Wohnkosten bei den meisten deutlich angestiegen wären.

Um dies zu verhindern, haben wir für Bonn Gebrauch von der neuen Option sog. differenzierter Hebesätze gemacht. Das hat uns ermöglicht, für den Wohnbereich einen um 23 Prozentpunkte niedrigeren Steuersatz festzusetzen als im Vorjahr. Für andere Grundstücke steigt der Satz hingegen – vor allem für Gewerbe. Im Saldo nimmt die Stadt genauso viele Steuern ein wie im Haushalt geplant, es wird also nicht „abkassiert“. Gegenüber dem Vorschlag der Stadtverwaltung entlasten wir den Wohnbereich in Bonn aber gezielt um ca. 7,5 Mio. Euro pro Jahr. Auch der Vorschlag der CDU hätte Wohnen um voraussichtlich mehr als 2 Mio. Euro p.a. verteuert, im Vergleich zum letztlich gefassten Beschluss. Leider ist die Reform so kompliziert, dass es weiterhin Gewinner und Verlierer geben wird, auch im Wohnbereich. Als Linksfraktion haben wir aber in der Ratsmehrheit und gegen Widerstände durchgesetzt, die kommunalen Spielräume im Sinne bezahlbaren Wohnens zu nutzen. Denn ein bezahlbares Zuhause in unserer Stadt darf kein Privileg nur für Gutverdiener sein!

In diesem Sinne wünsche ich alles Gute zum neuen Jahr für Sie, Ihre Freund*innen und Familien.

Dr. Michael Faber
Fraktionsvorsitzender

Inhalt

- 2 Editorial zur Grundsteuerreform
- 3 Fortschritt für das Frankenbad
- 4 Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit?
- 5 Musikschule / Mietshäusersyndikate
- 6 Mehr Platz fürs Tierheim
- 7 ÖPNV: das neue linke Gruppenticket
- 8 Ehrenbürger Hindenburg?

Impressum

Linksfraktion im Rat der Stadt Bonn
Vorsitz: Dr. Michael Faber
Redaktion: Tobias Haßdenteufel (V.i.S.d.P.)
Druck: Druckerei Paffenholz, Bornheim

Die LINKS-rheinische erscheint zweimal jährlich.
Kostenfreies Abonnement unter:

Linksfraktion Bonn
Rathausgasse 5-7
53111 Bonn
Mail: linksfraktion@bonn.de



Wie Schwimmen gegen den Strom

Die Sanierung des Frankenbads wird von der Stadt seit vielen Jahren hinausgezögert. Doch eine grundsätzliche Weichenstellung soll auf unseren Druck hin noch in diesem Jahr getroffen werden.

von Tobias Haßdenteufel, stellv. Geschäftsführer der Linksfraktion

Die geplante Sanierung des Frankenbads fühlt sich an wie Schwimmen gegen den Strom. Man strampelt sich ab, setzt alle Kräfte ein und ist am Ende trotzdem nur ein kleines Stückchen vorangekommen – wenn überhaupt.

Deutlich geworden ist für uns in den vergangenen Jahren, dass jedes Vertrauen in die Stadtverwaltung in dieser Sache fehl am Platz wäre. Wer darauf gehofft hatte, dass Sportamt und Städtisches Gebäudemanagement (SGB) nach dem Beschluss des Rats zur Sanierung des Bades mit Hochdruck an dem Projekt arbeiten würden, sah sich getäuscht: Stattdessen wenig bis gar keine Bewegung, wegen Personalmangel angeblich. Vielleicht spielt ebenfalls eine Rolle, dass das Frankenbad in den Ratsfraktionen keine riesige Lobby hat. Das Spektrum reicht von blanker Ablehnung der Sanierung durch CDU/FDP-Opposition bis hin zu eher lauwarmen Bekenntnissen zum Bad aus anderen Parteien, bei denen sich erst herausstellen muss, wie belastbar diese tatsächlich sind, wenn die erste Kostenschätzung vorliegt.

Doch zu diesem Punkt müsste man erst einmal kommen. Die jüngste Wendung der unendlichen Geschichte Frankenbadsanierung war eine vom SGB zunächst geplante Machbarkeitsstudie, die erst einmal die „Sanierungsfähigkeit“ des Bades prüfen wollte. Eine Formulierung, die einen ernsthaft grübeln ließ, ob die Machbarkeitsstudie dem Projektfortschritt dienen oder dessen Beerdigung vorbereiten sollte.

Wir haben stattdessen beschlossen, dass die Studie direkt und konkret zu klären hat, „wie“ das Frankenbad am besten saniert werden soll. Die Vorschläge hierfür sind dem Rat schon im Sommer vorzulegen, damit es endlich weitergeht. Außerdem haben wir beschlossen, dass die Stadt sich externe Hilfe für das Projekt holen soll – denn anders ist in dieser Sache offenbar kein Bad zu machen. Wir sind zuversichtlich, dass es dadurch in diesem Jahr doch noch zu greifbarem Fortschritt für das Frankenbad kommt und die überfällige Sanierung des Bades endlich ernsthaft angegangen wird.

Soziale Infrastruktur statt Law and Order

Die Stadt hat ein neues Konzept für Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit vorgelegt, das zusätzliches Personal für diese Bereiche vorsieht. Die Linksfraktion lehnt die Pläne ab – aus gutem Grund.

von Jürgen Repschläger, stellv. Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion

In Bonn fühlen sich 87 % der Bewohner:innen sicher oder sogar sehr sicher. Die Kriminalitätsstatistik sinkt und die Polizei meldet höhere Aufklärungszahlen. Für eine Großstadt, wenn auch eine kleine, sind das ziemlich gute Zahlen.

Warum die Verwaltung dem Stadtrat kürzlich ein Konzept „Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit in der Bundesstadt Bonn“ vorlegte, ist vor dem Hintergrund schwer verständlich. Dennoch wurde das 115 Seiten starke Papier von einer sehr großen Mehrheit beschlossen. In dem Konzept wurden durchaus vorhandene Missstände aufgezeigt. Z.B. bei der Sauberkeit: Auch wir wollen kein zerbrochenes Glas auf Fahrradwegen, keine Hundehaufen vor dem Schaufenster, keinen achtlos weggeworfenen Abfall und schon gar keine illegalen Müllkippen. Aber braucht es hierfür eine Müllpolizei, im Konzept „Ermittlungsdienst Abfall“ genannt?

Wie wäre es, wenn das Geld, das ein solcher Ermittlungsdienst kostet, z.B. in mehr Mülleimer, kürzere Sperrmüllintervalle und in die Wiederaufnahme der Altpapierentsorgung gesteckt würde? Illegale Müllkippen, in der Tat eine Umweltsauerei, können vom Ordnungsamt



auch jetzt schon geahndet werden.

Am Wochenende halten sich hunderte von feiernden und Fußballschauenden Menschen in der Altstadt auf. Da wird nicht nur Buttermilch getrunken, es ist oft sehr laut und es gibt auch schon mal Streit. Gegen eine größere Anzahl freundlich auftretender Kräfte des Ordnungsamtes ist an sich nichts einzuwenden. Private Sicherheitsdienste, und auch noch zum Teil in Zivil, gehen aber gar nicht.

Ordnungspolitische Maßnahmen sind Aufgabe der öffentlichen Hand, der Kommune, und dürfen nicht privatisiert werden. Amtsträger:innen des Ord-

nungsamtes müssen als solche erkennbar sein. Wer hat schon Lust, beim Feiern oder Fußball schauen von Ordnungshütern in Zivil beobachtet zu werden? Und die geplanten Radarsensoren, die im Godesberger Stadtpark Menschengruppen ab 10 Personen an das Ordnungsamt melden sollen, sind einfach nur gruselig.

Anstatt ein repressives Konzept zu fahren, sollten städtische Gelder besser in Prävention und in den Ausbau sozialer Infrastruktur gesteckt werden.

Musikschule: Das klinget so herrlich!

In dieser Sache können wir mit Recht behaupten, dass wir unserer Zeit voraus waren: Schon im Juni 2021 haben wir zusammen mit unseren Koalitionspartnern beschlossen, dass ca. 30 Musiklehrerinnen und -lehrer, die an der städtischen Musikschule auf Honorarbasis beschäftigt wurden, eine sozialversicherungspflichtige Stelle bekommen sollten. Die dafür notwendigen zusätzlichen Gelder haben wir in den Haushalt eingestellt. Mit unserer Initiative haben wir so dafür gesorgt, dass aus prekärer Beschäftigung auf Honorarbasis ordentliche und sozial abgesicherte Jobs wurden.

Was zu dieser Zeit noch nicht klar war: Ein Jahr später entschied das Bundessozialgericht, dass Musikschullehrerinnen und -lehrer aufgrund ihrer Einbindung in die Abläufe der Schulen im Regelfall gar nicht mehr als Honorarkräfte beschäftigt werden dürfen, sondern fest anzustellen sind. Auch das spricht also – wenn auch aus anderen Gründen – für den von uns schon vorher eingeschlagenen Weg. Und



wegen dieses Urteils des Sozialgerichts, das gerade umgesetzt wird, können jetzt auch die letzten Honorarkräfte an der Bonner Musikschule eine Stelle mit sozialer Absicherung bekommen.

Für mehr glückliche Mieter*innen



Vermietung ohne Gewinnabsicht und Mieterinnen und Mieter als Miteigentümer – das ist die Idee beim Wohnen in selbstorganisierten Miet-syndikaten. In Bonn gibt es bereits einige dieser Projekte, z.B. SieMensch in Dransdorf, Wolkenburg e.V. in Bad Godesberg, das Hausprojekt Krausfeld und das Eckhaus Syndikat in der Altstadt. Die Finanzierung der jeweiligen Wohnhäuser wird dabei über Klein- und Kleinstkredite auf viele Schultern verteilt, häufig kommt noch ein Bankkredit hinzu. Und die Bewohnerinnen

und Bewohner sorgen dafür, dass immer die aktuellen Mieterinnen und Mieter die Miteigentümer bleiben und sie das Haus, in dem sie wohnen, selbst verwalten können. Ebenso soll durch die rechtliche Konstruktion als Syndikat verhindert werden, dass das Haus verkauft oder für andere Zwecke als Wohnen genutzt werden kann. Solidarisches Wohnen als wirklich dauerhafte Alternative also! Und wir finden, dass auch die Stadt ein Interesse hat, neue Wohnformen wie diese zu unterstützen. Deshalb haben wir als Änderungsantrag zu einem Bürgerantrag beschlossen, dass die Stadt diese Bonner Projekte fördern soll – entweder mit einem niedrig oder gar nicht verzinsten Darlehen oder einem einmaligen Zuschuss. Denn sympathische alternative Wohnformen wie diese verdienen unsere Unterstützung – und finden auf diese Weise hoffentlich noch weitere Nachahmer*innen.

Ein Platz für Tiere

Das überlastete Bonner Tierheim muss dringend erweitert werden, denn die Zahl der unterzubringenden Tiere steigt seit Jahren. Jetzt zeichnet sich endlich eine Lösung ab.

von Julia Schenkel,
stellv. Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion

Tiere suchen ein Zuhause: Denn das Bonner Tierheim in der Nordstadt platzt aus allen Nähten. Damit ist die Bonner Einrichtung nicht allein, denn im ganzen Land klagen Tierheime über Platzmangel. Nicht zuletzt der Haustierboom während der Corona-Zeit und die jüngste Anhebung der Tierarztkosten tragen dazu bei, dass die kommunalen Tierheime völlig überlaufen sind. Durch die dramatische Überlastung des Bonner Tierheims kam es im letzten Sommer bereits zu einem Aufnahmestopp für Katzen. In Bonn wird die Situation noch dadurch verschärft, dass der (von uns abgelehnte) Ausbau der sog. Tausendfüßler-Autobahn auf Kosten heutiger Tierheimflächen gehen wird.

Jetzt konnten wir aber endlich einen Ratsbeschluss herbeiführen, der dem Tierheim Planungssicherheit bringt und die dringend benötigten Flächen zur Verfügung stellt, die für eine Erweiterung der Aufnahmekapazitäten gebraucht werden. Dafür soll ein Teil der benachbarten Kleingartenanlage als Erweiterungsfläche an das Tierheim gehen. Und damit das nicht einseitig zu Lasten der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner geschieht, sollen diese dafür Ausgleichsflächen von der Stadt zugewiesen bekommen. Insgesamt soll so eine Fläche von 5.500 m² als Erweiterungsfläche für das Tierheim bereitgestellt werden – wofür die bisherigen Nutzerinnen und Nutzer ortsnah mit attraktiven Ersatzflächen entschädigt werden.

Für das Tierheim bietet das endlich Planungssicherheit und auch die Perspektive einer zeitgemäßen Aufstellung mit neuen Anlagen für eine bessere Tierhaltung. Hierbei werden wir den Tierschutzverein als Betreiber weiter unterstützen, damit für Hunde, Katzen & Co. endlich ein Happy End in Sicht ist.



Links wirkt!

Kein Einfahren fürs Schwarzfahren: Natürlich ist Schwarzfahren in Bonn nach wie vor verboten und kostet ein erhöhtes Entgelt. Aber wenn die Stadtwerke zusätzlich eine Strafanzeige erstatten, bringt das weitere Geldstrafen oder ersatzweise Gefängnis mit sich – in Deutschland kein Einzelfall, und dabei trifft es Menschen, die zum großen Teil bereits unter sozialer Ausgrenzung leiden. Das Anliegen eines Bürgerantrags, dass im Bonner ÖPNV künftig auf zusätzliche Strafanzeigen fürs Schwarzfahren verzichtet wird, haben wir deshalb gerne unterstützt.

Sparen für die Weiterbildung: Eine Änderung, die wir mit den neuen Entgelttarifen der Volkshochschule durchgesetzt haben: Nicht nur für die Kursgebühren, auch für die Anmeldung zu einem Kurs bekommt man jetzt als Bonn-Ausweis-Inhaber*in eine Ermäßigung von 50 % auf die geforderte Gebühr.

Jetzt Geld sparen fürs Klima: das neue Bonner Gruppenticket

Bus und Bahn fahren entlastet das Klima – und neuerdings auch den Geldbeutel. Zumindest mit dem neuen Gruppenticket, das auf unsere Initiative hin Anfang des Jahres eingeführt wurde.

von Patrick Tollasz, Sprecher der Linksfraktion im Ausschuss für Mobilität und Verkehr

Die Ticketpreise im ÖPNV werden immer nur teurer? Nicht, wenn Linke mitentscheiden können! Den Beweis dazu haben wir in den letzten vier Jahren in Bonn angetreten. Zu Beginn unserer gemeinsamen Koalition mit Grünen, SPD und Volt haben wir eine deutliche Verbilligung des Sozialtickets in Bonn durchgesetzt: Nur noch 19 Euro im Abo für das Monatsticket, mit dem Menschen mit geringeren Einkommen auf Bonner Stadtgebiet Bus und Bahn fahren können. Das wäre sonst heute mehr als doppelt so teuer.

Ein weiteres Ticket, das ab diesem Jahr günstiger zu haben ist, ist das Gruppenticket für bis zu fünf Personen, das nicht nur für Menschen mit Bonn-Ausweis (wie das Sozialticket), sondern für alle Nutzerinnen und Nutzer erhältlich ist und ebenfalls für das gesamte Bonner Stadtgebiet gilt. Damit kann man einen Tag lang mit bis zu fünf Personen Bus und Bahn fahren. Kostenpunkt: 9,90 Euro. Ideal zum Beispiel für Familienausflüge oder gemeinsame Unterneh-

mungen mit Freunden. Und sogar, wenn man nur zu zweit etwas vorhat, hat sich das Ticket im Vergleich zu Einzelfahrtscheinen schon nach Hin- und Rückfahrt gelohnt.

Dieses Ticket hat es in Bonn übrigens vor ein paar Jahren schon einmal gegeben, finanziert durch befristete Fördermittel von der Bundesebene. Damals war die Nachfrage so groß, dass mehr Tickets bereitgestellt werden mussten, als man ursprünglich vorgesehen und berechnet hatte. Nach dem Auslaufen der Förderung wurde das Angebot trotz des großen Erfolgs eingestellt. Jetzt holen wir als Linksfraktion das Ticket wieder zurück! Unsere Idee: Gelder aus dem sog. Klimaplan, mit dem der CO₂-Ausstoß in Bonn reduziert werden soll, können zur Finanzierung des neuen alten Tickets verwendet werden. Damit konnten wir uns in den Verhandlungen mit unseren Koalitionspartnern und der Stadtverwaltung durchsetzen. Das neue 24-Stunden-Gruppenticket ist also rot, sozial und gut fürs Klima!





Ehrenbürger Hindenburg?

Formal kann man sich die Sache einfach machen: Eine Ehrenbürgerschaft erlischt in Bonn mit dem Tod des Geehrten. Adolf Hitler, dem 1933 die Ehrenbürgerwürde der Stadt verliehen wurde, taucht als Bonner Ehrenbürger auf der Homepage der Stadt nicht mehr auf. Anders beim ehemaligen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, der Hitler zum Reichskanzler ernannt hat und ihm so zur Macht verhalf: Der fand sich bisher weiter unbehelligt zwischen diversen Geheimräten, Musikprofessorinnen und Dechanten auf der historischen Liste der Bonner Honoratioren.

Geändert hat sich das jetzt durch einen Bürgerantrag des Vereins Wissenskulturen e.V., den wir in den Ausschüssen und in unserer Koalition gerne unterstützt haben: Inzwischen findet sich auf der Liste der Ehrenbürger*innen der Hinweis auf Hindenburgs zweifelhafte Rolle und eine Distanzierung des Stadtrats von seiner vor über 90 Jahren beschlossenen Auszeichnung. Ehrensache!

Drei kurze Zwischenfragen

an **Barbara Kloep**, Sprecherin der Linksfraktion im Projektbeirat Behindertenpolitischer Teilhabeplan.

1. Warum engagierst Du dich in der Kommunalpolitik?

Bereits als Jugendliche habe ich begonnen, politisch aktiv zu werden – zunächst in Organisationen wie Amnesty International. Es war und ist mir ein besonderes Anliegen, mich dafür einzusetzen, dass alle Menschen gut und frei leben können – auch in dieser Stadt. Dazu gehört erschwinglicher Wohnraum für alle in Zentrumsnähe genauso wie Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben, unabhängig von Herkunft, Religion, Geldbeutel, Bildungsstand, Behinderung oder sexueller Orientierung.

2. Wo trifft man dich, wenn Du nicht gerade Politik machst?

In meinen Lieblingskneipen oder im Biergarten, bei Konzerten (Indoor und im Sommer auch Open Air), bei Orchesterproben oder bei Demos. Gern empfangen mein Mann Christian, unsere Thai-Katze Emmy und ich aber auch Besuch bei uns zuhause.

3. Wenn ich eine Sache in Bonn sofort ändern könnte, wäre das ...

... die Schaffung von mehr regulären Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung.

